

**Kreisgruppenübergreifende Resolution der Kreisgruppen Eichstätt und
Weißenburg - Gunzenhausen und in begleitender Antragsstellung die
Kreisgruppe Neumarkt zur
Delegiertenversammlung am 28./29.4.2018 in Eichstätt**



**Resolution für einen Umwelt- und Landschaftsverträglichen
Ressourcenabbau „Stein und Sand“**

Der Abbau der Ressourcen Stein und Sand und die Verarbeitung des Steins zu höherwertigen Produkten hat für einige Kommunen der Landkreise Weißenburg, Eichstätt und Neumarkt große wirtschaftliche Bedeutung. Deshalb ist dem BUND Naturschutz klar, dass es auch für die Zukunft die Möglichkeit geben muss, diese Ressourcen abzubauen und zu verarbeiten.

Steinabbau auf dem Fränkischen Jura gibt es seit gut zweitausend Jahren. Das viele Millionen Jahre alte Sedimentgestein ist begehrter Rohstoff für Hoch- und Tiefbau, für exklusive Platten, typische Bausteine, billigen Schotter und wertvolle Beläge. Waren Brechstange, Meisel und Hammer die Werkzeuge vergangener Jahrhunderte, so haben mehrere Wellen der Mechanisierung und technische Neuerungen den Abbau erleichtert und die Effektivität deutlich gesteigert. Parallel zum Bauboom in unserem Land und in vielen Regionen der Erde ist der Umfang des Abbaus stark gestiegen und der Flächenbedarf und die Umweltbelastung stark gewachsen. Derzeit werden vor allem Juramarmor und Dolomit für Innen- und Außenbereiche, aber auch zur Schottergewinnung für den Straßenbau und Sand für die Betonproduktion, verwendet.

Für den Natur- und Umweltschutz ergeben sich eine ganze Reihe an Problemfeldern:

- Flächenverbrauch zu Lasten von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen und von naturschutzfachlich bedeutsamen Flächen
- Schwierige Beurteilung der Folgen des Abbaus für die Grundwasserverhältnisse und die Gefahr des Stoffeintrags ins Grundwasser
- Lärm und Staub, Abgase der Maschinen beim Abbau und Abtransport – eine Belastung für die Gesundheit der dort lebenden Menschen
- Steigerung des Verkehrs auf bestehenden Straßen, die für die Steintransportfahrzeuge nicht oder nur unzureichend konzipiert wurden
- Ausbau und Neutrassierung von Straßen, sinkende Wohnqualität in den Gebieten rund um die Abbaugebiete
- Veränderung des Landschaftsbildes, Abbau ganzer Landschaften
- Rekultivierung mit oder ohne Verfüllung, mangelnde Kontrolle und Gewährleistung einer sachgerechten Durchführung der Rekultivierungsmaßnahmen, keine zeitnahen Rekultivierungsmaßnahmen.
- Nutzen – Schadenverhältnis des Abbaus immer negativ für die Bevölkerung - Verlust natürlicher Lebensräume für Tier und Pflanzen

Auf den ersten Blick ist es nicht zu beanstanden, wenn Bodenschätze den Menschen Brot und Arbeit geben und der über die Bodenschätze „Stein und Sand“ erzielte Bekanntheitsgrad unserer Region steigt. Doch die mit der Förderung von Sand und Stein verbundene Umwelt- und Naturproblematik ist für die beteiligten Regionen nicht zu leugnen. Es ist fraglich, ob sich Fassadenverkleidungen mit unserem Naturstein für einige renommierte Hochbauten in Dubai oder New York mit der kraterartigen Ausplünderung unserer Heimat vereinbaren lassen.

Der BUND Naturschutz fordert:

1. Reglementierung und Kontingentierung der abzubauenen Menge an Stein und Sand in den betroffenen Abbaugebieten und eine deutliche Begrenzung der Abbaumengen in der kommenden Fortschreibung der Regionalpläne (sowohl in den Vorrang- als auch in den Vorbehaltsgebieten).
2. Eine Begrenzung der täglichen Abbauezeiten in den Steinbrüchen und eine Begrenzung des Straßenbaus für die Erweiterung von Abbauflächen.
3. Zukünftige weitere Abbau-Genehmigungen sind nur dann zu erteilen, wenn durch Betreiber, beteiligte Kommunen und die genehmigenden Behörden verbindliche Rekultivierungs- und Auffüllungspläne erstellt wurden. Zur nachhaltigen Verwirklichung der Rekultivierungs- und Auffüllungspläne ist vom Betreiber des Abbaubetriebes eine treuhänderische zu verwaltende Rekultivierungssumme zu hinterlegen, die auch im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Betreibers die notwendigen Maßnahmen ermöglicht. Eine zeitnahe Zug um Zug Rekultivierung ist nach der Ausbeutung zu veranlassen. Dadurch sollen Kraterlandschaften erst gar nicht entstehen. Die Einhaltung der Rekultivierungspläne ist behördlicherseits sicher zu stellen. Die Einhaltung von Renaturierungsmaßnahmen ist bei bereits laufender bereits erteilter Genehmigung behördlicherseits ausnahmslos zu überwachen. Die für das Genehmigungsverfahren relevanten behördlichen Auflagen sind der Allgemeinheit vollumfänglich zugänglich zu machen. Während des Abbaus dürfen die Flächen nicht für weitere industrielle Zwecke genutzt werden (Beispiel: keine Magnetschwebbahn, keine Asphaltmisch- und Recyclinganlagen wie in Sengental).
4. Während der Zeit einer Rekultivierung der ausgebeuteten Flächen sind diese als geschützte Bereiche im Landschaftsgefüge unter hoheitlichen Schutz zu stellen.
5. Der BUND Naturschutz fordert die Einrichtung eines regelmäßig tagenden runden Tisches, mit allen Beteiligten (Betreibern, Behörden und Naturschutzverbänden), die für einen maßvollen Steinabbau in Verantwortung stehen, um einen größtmöglichen umwelt- und landschaftsverträglichen Steinabbau in der Region zu gewährleisten.
6. Die Recyclingquote von Baumaterial muss erhöht werden und Vorrang vor der Neuerschließung von Baumaterialien bekommen!

FAZIT:

Das steigende Ausmaß des Ressourcenabbaus ist sowohl in zeitlicher wie mengenmäßiger Hinsicht besorgniserregend. Die Bestandsknappheit der Bodenschätze ist bereits jetzt deutlich zu erkennen. Die überaus starke, vielleicht als maßlos zu bezeichnende Ausweitung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in den Regionalplänen hat zur Überzeugung geführt, dass - der Abbau - aus dem Ruder läuft. Ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte finden Platz in der laufenden Diskussion, Naturschutz ist dabei weniger gefragt. Die in den vergangenen Monaten erfolgten Konzentrationsprozesse in der Steinbranche belegen dies eindrucksvoll und deutlich. Die zunehmenden Kubikmeterzahlen im Abbauvolumen, das erhöhte LKW Aufkommen auf den Straßen rund um die Abbaugebiete, die rasende Schnelligkeit im Flächenabbau und nicht zuletzt auch das merkbar geringer werdende Arbeitsplatzangebot der Steinindustrie, lässt die Akzeptanz der Bevölkerung für diesen Industriezweig zusehends schwinden.